

Klatsch! Und was ein „ausreichendes Maß“ ist, bestimme die Verwaltung! Wer wagt es, bei der deutschen Regierung Vertragstreue anzumahnen und Kritik anzusetzen? Ein Verweis übrigens, wo man denn nun den amtlichen deutschen Text einsehen könne, unterblieb natürlich, was sicher ein Versehen war.

Dieses dumpfe Selbstbewusstsein einer Behörde beschreibt zutreffend die Grundhaltung der gegenwärtigen Regierung zu Sozialfragen. Es ist erfahrenen Freunden durchaus als Totschlagsargument in Petitionsverfahren und Beschwerden geläufig: „nicht in allen Teilen nachvollziehbar“, „nicht durch wissenschaftliche Fakten belegt“, „nicht ausreichend valide Datengrundlage benannt“, usw.

Nun hat das Totschweigen doch nicht geklappt. Die Fraktion der Partei DIE LINKE hat dankenswerterweise eine entsprechende „Große Anfrage“ in den Bundestag eingebracht (DS 17/8966 vom 9. 03. 2012) mit klarer Aussage und dem Blick darauf, dass der nächste Staatenbericht im Jahr 2013 fällig sei, erinnernd, dass es um die Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen gehe, die sich aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ergeben.

„Die Fraktion DIE LINKE muss angesichts der Dringlichkeit der Mahnungen einen leistungsfertigen Umgang der in politischer Verantwortung Stehenden mit der Umsetzung des genannten Dokuments feststellen. Das ist umso kritikwürdiger, als durch den Mainstream der Medien eine gewisse Bagatellisierung der UN-Kritik nahegelegt wurde. Es enttäuscht auch die nichtstaatlichen Organisationen und andere zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich seit Jahren für die Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland einsetzen und an entsprechenden Parallelberichten arbeiteten, dass das Parlament ihren Erwartungen bisher nicht gerecht wird. Man kann es auch der eigenen Zivilgesellschaft nicht zumuten, in dem Gefühl gelassen zu werden, dass ihre menschenrechtlichen Kritikpunkte und ihr menschenrechtliches Engagement weit größere Aufmerksamkeit bei der UN als bei der Regierung und dem Parlament ihres eigenen Landes finden.“

Es sei für den Bundestag an der Zeit, sich selbst ein Bild vom Umgang der Bundesregierung mit den UN – Bemerkungen zu machen und angesichts des hohen Stellenwerts der angesprochenen Menschenrechtsfragen darauf zu drängen, dass entsprechende Antworten nicht länger ausbleiben und Maßnahmen verzögert werden.

Das ist aus unserer Sicht deswegen zu unterstreichen, als es auch aus der Judikative in Deutschland kritische Signale an Parlament und Regierung gibt. Das Bundessozialgericht

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellv. Vorsitzender

Nachdem sich Regierung und Parlament mehr als ein Jahr lang um eine Positionierung herumgedrückt haben, stehen nunmehr die „Abschließenden Bemerkungen“ der Vereinten Nationen zum 5. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) auf der Agenda des Bundestages. Denn die Fraktion der Partei DIE LINKE hat eine entsprechende „Große Anfrage“ eingebracht.

Unter der Überschrift „Dimensionen des Rentenkampfes“ hatten wir im Juli 2011 in **ISOR aktuell** u.a. über eben diese „Abschließenden Bemerkungen“ unsere darin u.a. enthaltenen Probleme betreffend informiert. Dies in gleichzeitig geäußerter Überzeugung, dass die kritische Positionierung dieses UNO-Gremiums bei der deutschen Regierung nicht zwanghaft freudige Zustimmung auslösen würde. Leider haben sich unsere Besorgnisse bisher nicht nur bestätigt, sondern weiter verstärkt.

Was geschah seit dem 20. Mai 2011 an sichtbarer Reaktion nach dieser UNO – Kritik im Staatenverhalten, konkret im Verwaltungshandeln der verantwortlichen Organe?

Zunächst einmal geschah nichts, was öffentlich wahrnehmbar vermuten lassen könnte, dass Regierung und/oder Parlament sich konstruktiv damit befassen würden. So weit ersichtlich, schienen eigentlich alle mit der Sache befassten Organe zunächst unisono in Schockstarre verfallen zu sein. Wenige Printmedien ließen recht zögerlich, unerwartet kleinlaut, zumeist in bekannter Weise dümmlich, allein minimalster Informationspflicht gehorchen, durchblicken, dass es auf internationalem Parkett herbe Kritik an deutschem Verwaltungs- und Regierungshandeln gegeben hatte. Mit einer Ausnahme: Die Tageszeitung „Junge Welt“ lieferte – wie so oft in ähnlichen Fällen - zeitnah eine sachkundige und kritische Berichterstattung.

Das ist in der geschwätzigen deutschen Medienlandschaft erfahrungsgemäß immer

ein Indikator dafür, dass „was nicht stimmt“. Und die Bestätigung dafür kam prompt, als einer unserer Freunde acht Wochen nach der UN-Ausschuss-Sitzung beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales anfragte, wann man denn nun endlich gedenke, der Öffentlichkeit eine offizielle Übersetzung der „Abschließenden Bemerkungen“ zugänglich zu machen. Dies auch mit Blick darauf, dass der Ausschuss ausdrücklich ersucht hatte, diese

... „auf allen Ebenen der Gesellschaft zu verbreiten, insbesondere bei Staatsbedienten, der Richterschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft, sie so weit wie möglich übersetzen zu lassen und zu publizieren und in seinem nächsten periodischen Bericht den Ausschuss über die Schritte zu ihrer Umsetzung zu unterrichten.“

Die Frage löste dort allerdings nur eine Bitte um Verständnis dafür aus, „dass sich die Beantwortung Ihrer Anfrage verzögert hat, weil der Eingang der endgültigen Fassung der abschließenden Bemerkungen abgewartet werden musste“.

Die war zwar bereits sechs Wochen zuvor im UN-Dokument E/C.12/DEU/CO/5 veröffentlicht worden, aber das muss man im Ministerium ja nicht wissen. So gab man nach einer langstieligen Erläuterung des Staatenberichtsverfahrens (was überhaupt nicht angefragt worden war), die entlarvende Auskunft, dass sich

„die Bundesregierung bewusst dem dargestellten Verfahren (stellt) und (nehme) Kritik im Grundsatz gerne entgegen, sofern diese fundiert ist. Die Bundesregierung wird deshalb die endgültige Fassung der abschließenden Bemerkungen eingehend prüfen.“

Nach einer ersten Durchsicht zeigt sich aber, dass die in den abschließenden Bemerkungen des UN-Ausschusses geäußerten Kritikpunkte nicht in allen Teilen nachvollziehbar und auch nicht durch wissenschaftliche Fakten belegt sind. Es ist schade, dass der UN-Ausschuss für diese Kritikpunkte weder wissenschaftlich valide Datengrundlagen benennt, noch Fakten aus

>>> Fortsetzung von Seite 1

konnte sich in einer Rentensache (Az.: B 5 RS 34/11 B) im September 2011 nur auf diese Weise abweisend artikulieren:

„Soweit sich die Beschwerdebegründung auf die >Abschließenden Bemerkungen des Ausschusses der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte< vom 20.5.2011 beruft, lässt sie unerörtert, warum es sich bei diesen sog. >concluding observations<, die im Staatenberichtsverfahren nach Art. 16 ff. des internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IpwskR) vom 19.12.1966 ergehen, um Bundesrecht handeln könnte. Im Übrigen bleibt unklar, auf welche völkervertragliche(n) Bestimmung(en) des IpwskR sich die Klägerin überhaupt stützen will und dass diese Bestimmungen, die als reversibles Bundesrecht in Betracht kommen ... ohne weitere normative Ausgestaltung durch innerstaatliche Rechtsetzungsorgane unmittelbar anzuwenden sind, also nach Wortlaut, Zweck und Inhalt geeignet und hinreichend bestimmt sind, wie innerstaatliche Rechtsvorschriften zu wirken.“

Das klingt umgangssprachlich sicher unverständlich. Es ist eben eine deutsche richterliche Verlautbarung. Gleichwohl ist sie sachlich aber zutreffend und verdeutlicht das Dilemma. Letztlich kann es nicht Sache von Fachgerichten sein auszubügeln, was politisch zu tun Exekutive und Legislative versäumten. Denn bis zum heutigen Tage gibt es keinerlei Regierungshandeln in dieser Sache. Die Sau ist durchs Dorf getrieben, und nach der glorreichen Fußball-Europameisterschaft folgt sogleich die Bundesliga. Und wenn schon nicht für Brot, dann ist für

Spiele gesorgt. Nun hat aber die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag diese „Große Anfrage“ eingebracht. Geordnet in vier Sachkomplexen werden 153 Fragen zu Einzelkomplexen zur Beantwortung vorgelegt, und zwar 44 zu bürgerlichen und politischen Rechten, 23 zu wirtschaftlichen, 64 zu sozialen und 22 zu kulturellen Rechten, die allesamt mehr oder weniger die Interessen auch unserer Mitglieder berühren. Wenn wir uns hier vor allem auf den Komplex soziale Rechte beziehen, dann ist das der Spezifik unseres Kampfes geschuldet.

Im Komplex Soziale Rechte wird als Frage 105 formuliert:

„Wie gedenkt die Bundesregierung, Diskriminierungen hinsichtlich der Höhe der Leistungen der sozialen Sicherheit zwischen östlichen und westlichen Bundesländern, speziell bei der Altersversorgung in Ostdeutschland, zu unterbinden, bzw. im Falle von bestehenden Diskriminierungen zeitnah Abhilfe zu schaffen

a) *in Bezug auf die Art und Weise der Überführung der Anwartschaften der Alterssicherungssysteme der ehemaligen DDR in bundesdeutsches Recht, insbesondere in Bezug auf“ ...*

Es folgen die ungelösten Probleme der Sicherungssysteme bei Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR, der besonderen Situation der Geschiedenen, der berufsbezogenen Zuwendungen für Ballettmitglieder, der Bergleute der Braunkohleveredelung, der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen, der Zeiten von Land- und Forstwirten, Handwerkern und anderen Selbstständigen, der Versorgung der wissenschaftlichen, medizinischen, pädagogischen, technischen und künstlerischen Intelligenz, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post usw., wie

sie wiederholt in Anträgen der Partei DIE LINKE eingebracht worden sind, um am Ende der Aufzählung zu benennen:

b) *„die Fälle, in denen des Rentenrecht als politisches Strafrecht genutzt wird, indem bei bestimmten Ansprüchen und Anwartschaften die Rentenformel geändert und Einkünfte unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze gekappt und nicht für die Rentner anerkannt werden (so unter anderem geschehen bei ehemaligen Ministern und deren Stellvertretern, die bei der Befassung der UN mit den Staatenberichten eigens Erwähnung finden);*

c) *in Bezug auf die unterschiedlichen Rentenwerte in West und Ost, - welchen Zeitplan hat die Bundesregierung für eine Angleichung des Rentenwertes Ost an West, - wie will die Bundesregierung die noch immer bestehenden Lohngefälle zwischen Ost und West bei der Rente ausgleichen, um dem Prinzip der gleichen Rente für gleiche Lebensleistungen zu folgen.“*

Damit ist erneut eine eindeutige Forderung zur Beendigung des Rentenstrafrechts formuliert. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass 22 Jahre nach dem Untergang der DDR nun dieses unselige Relikt des Kalten Krieges endlich aufgehoben und die Grundlage geschaffen wird, dass zumindest auf diesem Gebiet Rechtsfrieden eintreten kann. An darüber hinausgehenden Streitpotentialen im Lande herrscht zugleich kein Mangel.

Die übrigen 152 Fragen der Großen Anfrage belegen das überzeugend, und unser hier dargestelltes Problem ist nur ein Teilproblem der Frage 105 aus dem Gesamtkomplex der brennendsten 64 Fragen zu sozialen Menschenrechten in Deutschland, die sich aus besagtem UN – Dokument ergeben.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Horst Parton gab eine Einschätzung zur politischen Lage und hob dabei die Notwendigkeit der solidarischen Unterstützung und der Verstärkung des Zusammenwirkens mit anderen Verbänden und Vereinen sowie mit der Partei DIE LINKE hervor. Diesem Ziel diente auch eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der GBM, der GRH und der ISOR am 26.07.2012.

*

Dr. Rainer Rothe erläuterte eine Entscheidung des BVerfG zum Dienstbeschädigtenausgleich. Nach einem EGH-Urteil gilt seit dem 01.07.2011 für Anspruchsberechtigte

in Ost und West die gleiche Berechnungsgrundlage. Offen sind allerdings Fragen der Nachzahlungen, worüber das BSG noch zu entscheiden hat.

Auf dem Gebiet der Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen ist Ende 2012 / Anfang 2013 mit den ersten LSG-Entscheidungen zu rechnen. Dabei bilden das Verpflegungsgeld und Einmalzahlungen den Schwerpunkt.

*

Horst Parton schätzte ein, dass der Arbeitsplan für das I. Halbjahr erfüllt wurde. Der Plan für das II. Halbjahr wurde mit

den von den Vorstandsmitgliedern eingebrachten Ergänzungen und Änderungen beschlossen.

Peter Speck informierte über die Ergebnisse der Abrechnung für das I. Halbjahr 2012. Dabei ergeben sich keine wesentlichen Differenzen zwischen Planung und realer Verwendung der finanziellen Mittel. Nach der Abgeltung der vereinbarten restlichen Summe für das verfassungsrechtliche Gutachten und der in diesem Zusammenhang noch anfallenden Druckkosten sind vorerst keine weiteren außergewöhnlichen Belastungen der finanziellen Reserven der ISOR zu erwarten.



60. Jahrestag der Gründung der Zollverwaltung der DDR

Jürgen Vogel

Am 28. August 2012 jährt sich zum 60. Mal die Gründung des ersten sozialistischen Zollwesens auf deutschem Boden.

Am 28.08.1952 hatte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die „**Verordnung über die Errichtung eines Amtes für Zoll- und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW)**“ verkündet.

In der Präambel heißt es u.a. dazu:

„*Die Sabotage- und Störversuche gegen unsrer unaufhaltsam wachsenden Handelsverkehr sind darauf gerichtet, durch die Organisation des illegalen Warenverkehrs, durch den Schmuggel mit Devisen und Zahlungsmitteln den Aufbau unserer Friedenswirtschaft zu stören. Eine systematische, konsequente Bekämpfung des Schmuggels von Waren- und Zahlungsmitteln ist zum Schutze unsrer Währung und zur Festigung unsrer demokratischen Ordnung erforderlich...*“

Die innerstaatliche und internationale Entwicklungen erforderten im Jahre 1962 den Erlass eines Zollgesetzes für die DDR. Ein Jahr zuvor hatte die

BRD durch den Erlass eines eigenen Zollgesetzes die bis dahin bestehende Zolleinheit aufgekündigt.

Durch die Volkskammer der DDR wurde am 28.03.1962 das „**Gesetz über das Zollwesen der Deutschen Demokratischen Republik – Zollgesetz**“ beschlossen.

Damit bekräftigte sie die Existenz eines selbstständigen und souveränen Zollgebiets, dessen Grenzen mit den Staatsgrenzen übereinstimmt und wies damit die Bonner Alleinvertretungsansammlung zurück.

Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung des Organs in „Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik“.

Diese leistete bis 1990 in Verwirklichung des Zollgesetzes der DDR, internationaler Vereinbarungen und Zollabkommen sowie völkerrechtlich verbindlicher Verträge ihren Beitrag bei der Abfertigung des stetig zunehmenden Reise-, Güter- und Postverkehrs, zur Bekämpfung und Verhinderung von Schmuggel und Spekulation sowie der Sicherung einer störungsfreien Abwicklung des Außenhandels der DDR.

Die Angehörigen der Zollverwaltung der DDR erfüllten ihre zolldienstlichen Aufgaben durch einen aufopferungsvollen und jederzeit korrekten Dienst zur zügigen und reibungslosen Abfertigung des grenzüberschreitenden Verkehrs, des Transitverkehrs und zum Schutze des Außenhandels- und Valutamonopols der DDR.

Die Wellen der Verunglimpfungen und Diskreditierungen der DDR, die Mitglied der UNO war, von über 135 Staaten der Welt völkerrechtlich anerkannt wurde und in vielen internationalen Organisationen und Gremien einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung von Frieden und Völkerverständigung leistete, machen um die Zollverwaltung der DDR keinen Bogen.

Auch auf dem Gebiet des Zollwesens lassen wir die Realitäten im Sinne eines politisch verordneten „Delegitimierungsauftrages“ nicht ahistorisch umdeuten.

Ostdeutsches Kuratorium erklärt Solidarität mit der GBM

Das Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. OKV verurteilt den Ausschluss der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) aus dem Forum Menschenrechte (FMR) und erklärt sich mit ihr solidarisch. Die GBM ist Gründungsmitglied des OKV wie des FMR und hat zeit ihres Bestehens an der Verteidigung der Menschenrechte mitgewirkt. Das OKV lehnt Gesinnungsterror ab, wie er in dem Beschluss des FMR zum Ausdruck kommt. Dabei hat die GBM von Anfang an gegenteilige Ansichten toleriert. In ihrer Stellungnahme zu dem Ausschluss betonte die GBM: „Entsprechend dem Grundkonsens des FMR, nicht als ein politisches Bündnis auf der Grundlage gemeinsamer politischer oder weltanschaulicher Positionen zu wirken, trug die GBM die Übereinkunft mit, dass es jeder

Mitgliedsorganisation frei stehe, bestimmte Aussagen in Erklärungen und Dokumenten des Forums nicht mittragen zu müssen.“ Gerade diese Größe bringen ihre Kritiker nicht auf. In einem auch satzungsrechtlich unsauberem Verfahren wird sie aus dem FMR gedrängt, in dem sie aktiv und engagiert mitgearbeitet hat.

Bezeichnend ist auch, dass die Erklärung der GBM „Friedenssichernde Maßnahme“ zum 50. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der DDR den Anlass zum Rauswurf bildete. Steht doch der 13. August 1961 und „die Mauer“ im Zentrum der unentwegten Aktionen zur Delegitimierung und politischen Diskriminierung der DDR. Die Forderung, diese Erklärung zurückzuziehen, eine gegenteilige Erklärung abzugeben, die dem politischen Mainstream angepasst wäre, und sich zu verpflichten, sol-

che Erklärungen in Zukunft zu unterlassen, hätte der GBM ihre Würde genommen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten im FMR minimiert. Das Verfahren lässt darauf schließen, dass Organisationen in Ostdeutschland, die die Biografie und Lebenserfahrung ihrer Mitglieder bewahren und verteidigen, aus dem politischen Leben ausgeschaltet werden sollen.

„Eine Zensur findet nicht statt“ heißt es im Grundgesetz. Doch politische Bevormundung und Disziplinierung Unbotmäßiger nehmen immer mehr zu. Der Umgang mit der GBM im FMR verstärkt die Überzeugung, dass Solidarität mit den Angegriffenen notwendiger ist denn je.

Das Präsidium des OKV

Beschlossen auf seiner Sitzung am 19.07. 2012.

Dank der GBM für ISOR Solidaritätserklärung

Liebe Freunde,
der Vorstand der GBM bedankt sich sehr für die ausgezeichnete Darstellung der unwürdigen Behandlung der GBM durch das Forum Menschenrechte im Zusammenhang mit der Erklärung zum 50. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der DDR. Wir betrachten diese Solidaritätserklärung als einen weiteren Beleg für das enge Zusammenwirken und den Zusammenhalt der

Mitglieder unserer Organisationen im andauernden Kampf gegen die Diskriminierung und Delegitimierung der DDR und all derer, die oft ein ganzes Arbeitsleben lang aufopferungsvoll für den ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden gearbeitet haben. Sie haben an unterschiedlichsten Stellen einen Staat aufgebaut und die Ergebnisse ihrer Arbeit gesichert – einen von unseren eingeschworenen Gegnern

als „Unrechtsstaat“ verunglimpften Staat, in dem es all die schlimmen und immer deutlicher werdenden Ge- und Verbrechen des Kapitalismus nicht gegeben hat. Lasst uns weiter für die Rechte aller Menschen auf ein Leben in Frieden und gleiche Rechte für alle eintreten.

Mit solidarischen Grüßen
Karl-Heinz Wendt
Bundesvorsitzender der GBM



Am 21. 06. 2012 fand eine gemeinsame Beratung des Vorstandes der TIG **Erfurt** mit den Betreuern und Kassierern statt. Angesichts des altersbedingten Mitgliederrückgangs wurde beraten, wie die Gewinnung neuer Mitglieder forciert werden kann. Alle Mitglieder werden aufgerufen, Namen und Adressen von ihnen bekannten ehemaligen Mitarbeitern dem Vorstand mitzuteilen. Soweit möglich, sollen sie zu persönlichen Gesprächen aufgesucht werden, um ihnen die Notwendigkeit des solidarischen Zusammenstehens sowohl aus moralischen Gründen, als auch im Interesse der weiteren Finanzierung des gemeinsamen Kampfes gegen das verfassungswidrige Rentenstrafrecht zu verdeutlichen. Der Vorstand legte den Textvorschlag für ein Anschreiben vor, mit dem möglichen Kandidaten, die aus verkehrstechnischen oder anderen Gründen von unseren Mitgliedern schwer erreichbar sind, kontaktiert werden können.

Anschließend informierte Walter Menz, Mitglied des ISOR-Beirates und Vorstandsvorsteher der TIG Gotha, ausführlich über die Beratung am 26. 04. 2012 mit Horst Parton in Gotha zum Stand unseres gemeinsamen Kampfes. Er verwies darauf, dass 1999, als die Rentenkürzung nach § 7 AAÜG von zunächst 0,7 Entgeltpunkten auf 1 Entgeltpunkt verändert wurde, vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt wurde, dass jederzeit eine neue Klage möglich sei, wenn neue rechtserhebliche Tatsachen festgestellt wurden. In Kassel zeigte sich, wie notwendig das gemeinsame Handeln von IGA und ISOR für den weiteren Kampf ist.

Nunmehr liegt ein umfangreiches verfassungsrechtliches Gutachten vor. Auf dieser

Grundlage sowie gestützt auf ein sozialwissenschaftliche Gutachten wurden im Mai 2012 Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Walter Menz betonte, dass damit eine völlig neue Situation entstanden ist, die uns Ansporn und Optimismus gibt, unseren Kampf für Rentengerechtigkeit erfolgreich bis zum Ende zu führen.

Dietrich Reichardt

*

Vor 20 Jahren, am 24. Juli 1992 wurde durch eine Gruppe Unentwegter der ehemaligen Volksmarine auf dem Dänholm ein Marinemuseum als Außenstelle des Kulturhistorischen Museums Stralsund eröffnet.

Eine Vielzahl von Ausstellungsstücken - viele aus privater Hand - dokumentiert bis heute zunehmend umfassender die Entwicklung der deutschen Marine seit ihren Anfängen. Besondere Attraktionen sind u.a. sehr informative Sammlungen von Schiffsmodellen, Uniformen, Marinefliegern ... sowie ein Marinehubschrauber und Kleine Torpedoschnellboote zum Anfassen auf dem Freigelände.

Trotz der etwas abgelegenen Lage fanden inzwischen ca. 200.000 Besucher den Weg hierher - und wurden nicht enttäuscht.

Vor zwei Jahren stand aus finanziellen Gründen die Schließung des Museums auf der Tagesordnung. Vielseitiger Protest - wir waren daran beteiligt - führten zu einem Kompromiss: Das Museum bleibt im Sommerhalbjahr geöffnet.

Am 27. Juli würdigte die Stadt Stralsund mit einem Festakt das Engagement der vielen Ehrenamtlichen, die das Museum inzwischen

zu einer festen Größe in der Stralsunder Museumslandschaft und „einzigartig in dieser Form in Deutschland“ entwickelt haben. Am 28. Juli zum Tag der offenen Tür war der Besucherandrang riesengroß. Die Gratulationen von allen Seiten nahmen kein Ende.

Auch wir als ISOR-Mitglieder der TIG Stralsund haben uns den Gratulanten angeschlossen und wünschen den Ehrenamtlichen des Museums weiterhin viel Standkraft und Erfolg.

Dieter Stefanowski, TIG Stralsund

Das OKV lädt ein zu seiner **traditionellen Protestveranstaltung** anlässlich des „Tages der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober 2012 ein.

»Menschenrechte erkämpfen – sozialistische Ideale verteidigen – gemeinsam gegen Faschismus«

Das Wort werden ergreifen:
Prof. Dr. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der VVN/BdA;

Markus Bernhardt, Journalist & Autor sowie Antifa-Aktivist;

Dr. Hans Erxleben, Bezirksverordneter der Partei DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick;

Victor Grossman, Journalist und Autor. Das Programm wird künstlerisch begleitet von:

Peter Bause, Schauspieler;

Diether Dehm, MdB der Partei DIE LINKE und Autor;

musikalische Begleitung von Michael Letz.

Ort: UCI-Kinowelt, Landsberger Allee, Landsberger Allee 54, 10249 Berlin-Friedrichshain. (Eintritt nur mit Eintrittskarte)

Zeit: 10.00 Uhr, Einlass ab 09.00 Uhr.

Zwischenruf

Alles Gute kommt von oben, spricht das als „Souverän“ veräppelte Volk. Und wenn es nach oben schaut, kann es immer öfter von der Bundespolizei eingesetzte „adaptierbare Plattformen“, also unbemannte Flugzeuge, also Drohnen sehen, die hierzulande, ausgerüstet mit Kameras, der Überwachung von Personengruppen dienen, in Afghanistan oder Pakistan wahlweise zur Vernichtung „mutmaßlicher“ Terroristen oder Hochzeitsgesellschaften Verwendung finden. Ende Januar hatte der Bundestag innerhalb kurzer Zeit das Luftfahrtgesetz geändert, damit die Drohnen des Typs „Aladin“ und „Fancopter“ zur Verkehrsüberwachung und Verbrechensbekämpfung in die Luft gehen können. Das eröffnet dem „Kampf“ gegen nazistische Mörderbanden ungeahnte Perspektiven.

Schaut der Souverän aber nach unten, sieht er demnächst Adressenhändler mit zufriedenen Gesichtern aus den Meldestellen kommen. Auch da half der Bundestag in weniger als einer Minute, als er die Änderungen zum Meldegesetz beschloss, während der Souverän im schwarz-rot-goldenen Rausche während der öffentlichen Leichenschau (amerik.: public viewing) beim Halbfinalspiel gegen Italien sich als „Europameister der Herzen“ fühlen durfte. Europameister der Demokratie wäre auch nicht schlecht ...

W. K.

Aus der Postmappe:

Hiermit übermittele ich Euch einige Gedanken zur **ISOR aktuell** 6/12. Die Erfahrungen von Heinz Tischner, Quedlinburg, kann ich bestätigen. In zwei Fällen versuchten Leute (eine Doktorandin und ein Journalist) mich übers MfS auszufragen unter dem Vorwand, objektiv und fair zu berichten. In beiden Fällen zeigte sich eindeutig: beide waren unehrlich und unzuverlässig, Leute von der Gegenseite. Im ersten Fall wurde mir die Gesprächspartnerin durch einen Freund angekündigt. Im zweiten Fall tauchte der „wissbegierige Journalist“ bei der GBM auf, wo ich eine Buchlesung moderierte.

Unser jüngstes Buch trägt den Titel: „Lebendige DDR“. Das Buch ist ein weiterer Band der Reihe „Spuren der Wahrheit“, herausgegeben im Auftrag der Unabhängigen Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt“. (In **ISOR aktuell** wird regelmäßig auf Neuerscheinungen dieser Reihe hingewiesen.) Wir arbeiten an einer Fortsetzung. Arbeitstitel: „DDR – unser normales Leben“. Gern nehmen wir darin Beiträge von interessierten ISOR-Genossen auf.

Diese Beiträge sollten auf das Thema (DDR) bezogen möglichst mit persönlichem Erleben und eigenen Ansichten verbunden sein, maximal 5 Seiten. Ein Blick auf aktuelle Zustände kann nicht schaden. Ein Vergleich DDR-Verfassung mit dem Grundgesetz und die Forderungen für eine Verfassung gemäß Artikel 146 GG könnte ein Beispiel sein. Auch die Problematik der NVA-Polit-Offiziere würden wir gern aufgreifen. Stoff gibt es noch genug und die Notwendigkeit zum Schreiben desgleichen. Unsere „Schreiberei“ betreiben wir auch unter den Gesichtspunkten: Verbreiten der Wahrheit über das Progressive der DDR; Aufklärung für unsere Kinder, Enkel und Urenkel; Unterstützung progressiver Bündnispartner-

ner und Stärkung der Solidarität linker Kämpfer für Frieden und Sozialismus. Trotz alledem! Auf weitere gute Zusammenarbeit und mit solidarischen Grüßen!

Horst Jäkel

Auf dem Büchermarkt:

Horst Jäkel (Hrsg.)

Lebendige DDR

(GNN Buchversand,

Badeweg 1, 04435 Schkeuditz)

Preis: 19,50 €

ISBN 978-3-89819-368-9

Die rund 70 Autoren dieses Buches haben in der Deutschen Demokratischen Republik gelebt, für sie gearbeitet, sie weltweit vertreten. Sie wissen von den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus, freuten sich über Erfolge und haben Fehler und Schwächen schmerzlich empfunden. Ihnen geht es „weder um Verherrlichung noch um Verdammung, sondern um die geschichtliche Wahrheit“.

*

Frank Schumann / Heinz Wuschech

Schalk – Golodkowski

Der Mann, der die DDR retten wollte

(edition ost im Verlag Das neue Berlin 2012)

191 Seiten, Preis 13,40 €

ISBN 978 – 3 – 360 – 01841 – 0

Pünktlich zum 80. Geburtstag von Alexander Schalk – Golodkowski legen die Autoren ein Buch vor, das „exklusiv Auskunft über jenen DDR – Spitzenfunktionär (gibt), gegen den

nach 1990 die meisten Ermittlungsverfahren, etwa ein halbes Hundert, geführt – und eingestellt wurden“, heißt es zur Inhaltsangabe auf der Rückseite des Buches. In einigen Fällen wurde er auch verurteilt. Untersuchungsausschüsse des Bundestages, des bayerischen Landtags sowie einige Untersuchungs-, Enquete- und sonstige Kommissionen und Heerscharen von Journalisten befassten sich mit zumeist bemerkenswertem ideologischen Pathos mit seiner Tätigkeit, der Boykott- und Embargopolitik des Westens gegen die DDR erfolgreich zu begegnen. Den Autoren ist zu danken, sich um ein Bild zu bemühen, das der Wahrheit zur Sache und zur Person näher kommt. Sie danken sich ausdrücklich für die konstruktive Mitwirkung insbesondere von Herbert Graf, Manfred Gutmann, Egon Krenz und Wolfgang Schwanitz.

Berichtigung:

Unter **Veranstaltungen ISOR aktuell 7/12 Seite 2** muss es zum **Altmarktreffen** richtig heißen: **am 15. September 2012, 14.00 Uhr**.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.07.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.08.2012

Einstellung im Internet: 07.09.2012

Auslieferung: 13.09.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 – Sekretariat

29 78 43 16 – Geschäftsführer

29 78 43 17 – AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr